

ZUKUNFTSBRANCHE IN GEFAHR – GAMES-STANDORT DEUTSCHLAND SICHERN

BESCHLUSS DES MIT-PRÄSIDIUMS VOM 20.08.2024

In Deutschland findet mit der gamescom die größte Messe der Welt für Computer- und Videospiele sowie Unterhaltungselektronik statt - seit 2009 in Köln. Die Gamesbranche hat sich inzwischen zu einem bedeutenden Zweig der Kultur- und Kreativwirtschaft entwickelt: sie ist schon immer ein dauerhafter Treiber von Innovationen und Digitalisierung. Durch Gamification erreichen Games Branchen und Betriebe und werden vielfältig eingesetzt. Zumeist mittelständische Betriebe und rund 30.000 Arbeitsplätze zählen zur Games-Branche. Die Umsätze beliefen sich 2023 auf 9,97 Milliarden Euro.

Aber inzwischen steckt die Branche in Deutschland in der Krise. Laut dem Verband der deutschen Games-Branche e. V. sank der Umsatz der Branche im ersten Halbjahr um 6% auf 4,3 Mrd. Euro. Die Anzahl der Neugründungen ging im Vergleich zu 2020 sogar um 65% zurück.

Diese Probleme sind – wie in anderen Branchen auch – politisch hausgemacht. Es fehlt an Fachkräften. Die Standortkosten in Deutschland sind zu hoch. Es gibt keine ausreichenden Anreize für Innovation und Forschung. Planungssicherheit ist nicht mehr gegeben. Deutschland braucht eine Wirtschafts- und damit auch eine Gameswende.

Die MIT fordert für eine Sicherung des Games-Standort Deutschland:

1. Zuständigkeitschaos beenden und Investitionssicherheit herstellen

Aktuell ist die Zuständigkeit zwischen dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz sowie der Beauftragten für Kultur und Medien zerrissen. Als Beispiel sei die Computerspieleförderung des Bundes genannt, die 2019 vom unionsgeführten Verkehrsministerium eingeführt wurde. Seit Mai 2023 hält ein Förderstopp der im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz beheimateten Computerspieleförderung an. Neue Fördergelder für das Haushaltsjahr 2024, angesiedelt bei der Beauftragten für Kultur und Medien, sind bisher noch nicht abrufbar. Dies führt zu einem Förder-Ping-Pong und unklaren Verantwortlichkeiten. Es braucht klarer Zuständigkeiten. Die Branche braucht EINEN Ansprechpartner.

Und Verlässlichkeit. Der plötzliche Stopp der Förderpolitik für die Games Wirtschaft in 2023 war das Gegenteil davon. Dabei hatte die Koalition im Koalitionsvertrag noch angekündigt, den Games-Standort Deutschland zu stärken und die Förderung zu verstetigen. Die Auswirkungen, weniger Studiogründungen sowie das Ausbleiben internationaler sowie nationaler Investitionen in die Games-Branche Deutschland sind

bereits jetzt deutlich zu erkennen. Statt immer neuer kurzfristiger Geschenke oder Ankündigungen braucht es Planungssicherheit.

Die Branche ist aktuell durch den Haushaltsdauerstreit betroffen. Nahezu 40% der zugesagten Förderung stehen deshalb in Frage. Die fehlende Planungssicherheit betrifft Start-Ups und Traditionsunternehmen in gleicher Weise. Die Folge ist Reduzierung oder Verlagerung der Investitionen außerhalb von Deutschlands, insbesondere weil es sich bei der Förderung, um eine Förderung von Entwicklung und Produktion einer in Deutschland immer noch im Aufbau befindlichen Industrie handelt.

2. Fachkräfteeinwanderung erleichtern

Die Games-Branche beschäftigt hochqualifizierte Arbeitskräfte, die Teil der Lösung der Digitalen Transformation in Deutschland sein können.

Allerdings ist Deutschland als Standort für Fachkräfte zunehmend unattraktiv. Denn hier sind Steuern und Sozialabgaben auf einem Höchststand. Hinzu kommt das Unverständnis einer dynamischen digitalen Branche für die starren analogen Strukturen.

Das neue Fachkräfteeinwanderungsgesetz ändert daran leider nur wenig. Statt neuen Fachkräften bringt es vor allem neue Bürokratie für Unternehmen. Deutschland braucht einen neue, vereinfachten Einwanderungsweg für Fachkräfte. Dazu gehört ein Ausbau der sogenannten „Fast Track“-Verfahren. Mit Steuergeld finanzierte Goethe-Institute, Auslandsschulen oder andere Einrichtungen müssen öffentliche Anwerbeposten werden.

3. Gründungen erleichtern

Der Games-Standort Deutschland konnte über viele Jahre auf verlässliche Rahmenbedingungen bauen - rechtlich und finanziell. So wurde Deutschland zur unternehmerischen Heimat für Gründerinnen und Gründer. Zur Erleichterung von Gründungen würde eine Gründerschutzzone beitragen. So könnten sich Gründer vor allem auf den Aufbau ihres Geschäfts fokussieren. Zudem müssen Unternehmensgründungen digital und innerhalb von 24 Stunden möglich sein.